

„Radikalenerlass“: Räte machen Druck

Heidelberg. (pne) Die Stadt Heidelberg soll die Landesregierung und den Landtag auffordern, vom „Radikalenerlass“ Betroffene zu rehabilitieren und zu entschädigen – das fordern mehrere Gemeinderatsfraktionen, Vereinigungen und Listen in einem gemeinsamen Antrag. Sie folgen damit einem Aufruf, den Personen aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur im Vorfeld des 50. Jahrestages des 1972 beschlossenen Erlasses unterzeichnet hatten. In dessen Folge wurden etwa 11 000 Berufsverbots- und 2200 Disziplinarverfahren eingeleitet und offiziell 1256 Bewerber nicht eingestellt sowie 265 Beamte entlassen. Auch für über 100 Betroffene, die in Heidelberg studiert, gelebt und gearbeitet haben, hatte der Erlass Konsequenzen. > Heidelberg

RINZ

17.2.23

Stadt soll sich für Geschädigte einsetzen

Antrag für vom „Radikalenerlass“ Betroffene – Das Ziel: Druck auf das Land ausüben

pne. Die Stadt Heidelberg soll die baden-württembergische Landesregierung und den Landtag auffordern, vom „Radikalenerlass“ Betroffene vollumfänglich zu rehabilitieren und zu entschädigen sowie die Auswirkungen wissenschaftlich aufzuarbeiten – das fordern Grüne, Die Linke, Bunte Linke, GAL und „Heidelberg in Bewegung“ im Gemeinderat in einem gemeinsam unterzeichneten Antrag, der nun im Sozialausschuss beschlossen worden ist.

Am 28. Januar jährte sich zum 51. Mal der sogenannte „Radikalenerlass“. Er wurde 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im Öffentlichen Dienst“ beschlossen. In der

Folgezeit wurden etwa 11 000 Berufsverbots- und 2200 Disziplinarverfahren eingeleitet und offiziell 1256 Bewerberinnen und Bewerber nicht eingestellt sowie 265 Beamte entlassen. Auch für über 100 Betroffene, die in Heidelberg studiert, gelebt und gearbeitet haben, hatte der Erlass schwerwiegende Folgen.

Im Vorfeld des 50. Jahrestages des „Radikalenerlasses“ hatten Personen aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur einen Aufruf unterzeichnet: den Erlass generell offiziell aufzuheben, die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen und die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Diesem Aufruf soll sich die Stadt anschließen, fordern die Heidelberger Räte.

Heidelberg stehe bei diesem Thema in „besonderer Verantwortung“, sagte Zara Kızıltas (Die Linke) im Sozialausschuss. Auch Hilde Stolz (Bunte Linke) betonte, es sei „wichtig und notwendig“, dass die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werde. Karl Emer sagte, dass seine Partei, die SPD, den Antrag unterstütze. Dass die Sozialdemokraten diesen nicht ursprünglich unterzeichnet hätten, sei „eine Panne“ gewesen.

Der Sozialausschuss stimmte bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen dafür, dass der Gemeinderat den Antrag in seiner nächsten Sitzung Ende März endgültig beschließt.